

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Gernsuf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1590
Groschke Riesa Nr. 52.

Nr. 244.

Dienstag, 18. Oktober 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 5.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 20 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewehr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Silben) 1.50 Mark, Überschrift 1.35 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Nachzahlung- und Erklärungsart: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 21. Id. Okt. ab auf Abschnitt 184 der roten und grünen Rationskarte je 1/2 Pfund Griech.
Der Preis beträgt für 1 Pfund 1.90 Pf.
Die Entnahme hat bis spätestens den 25. Id. Okt. zu erfolgen.
Großenhain, am 17. Oktober 1921.
Der Kommunalverband.

Personenstandsaufnahme in der Stadt Riesa.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat eine Personenstandsaufnahme für das gesamte Reichsgebiet nach dem Stande vom 20. Oktober 1921 angeordnet und für die Stadt Riesa uns mit der Durchführung beauftragt.
Aus diesem Grunde werden in diesen Tagen entsprechende Vordrucke den Hausbesitzern und Wohnungsinhabern zugestellt.
Jeder Inhaber einer selbständigen Wohnung hat einen Wohnungslisten-Vordruck nach dem Stande vom 20. Oktober 1921 nach Abgabe der aufgedruckten Anleitung sorgfältig auszufüllen, zu unterschreiben und alsdann spätestens bis 31. Oktober 1921 an den Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter zu übergeben.
Der Hausbesitzer oder dessen Vertreter hat die Wohnungslisten auf die Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen, etwaige Mängel abhellen zu lassen und alsdann für jedes Hausgrundstück die Bescheinigung (Vordruck Personenstandsaufnahme) fertigzustellen und zu unterschreiben.
Die Wohnungslisten und die zugehörigen Bescheinigungen sind von den Hausbesitzern spätestens bis zum 5. November 1921

an unsere Stadtkassenkasse — Rathaus, Erdgeschoss — einzureichen und zwar entweder persönlich oder durch eine Person, die über die Verhältnisse unterrichtet ist und nötige Auskunft erteilen kann.
Sollten Wohnungslisten-Vordrucke noch gebraucht werden, so können solche kostenlos in unserer Steuerkasse entnommen werden.
Der Rat der Stadt Riesa, am 18. Oktober 1921.

Jahrmarkt.

Der zweite diesjährige Jahrmarkt findet am 23. und 25. Oktober 1921 statt. Er beginnt am 23. Oktober vormittags 11 Uhr und endet am 25. Oktober mittags 12 Uhr. Das Auslegen und Verkaufen von Waren ist am 23. nur bis abends 6 Uhr und am 24. Oktober nur bis abends 10 Uhr zulässig.
Die Marktordnung der Stadt Riesa vom 29. März 1912, deren Bestimmungen genau zu beachten sind, liegt in je einem Druckstücke in der Polizeiwache, im Gasthof zum Kronprinz, in der Restauration zur Burg und im Gasthof zum Stern zur Einsichtnahme aus.
Der Rat der Stadt Riesa, am 17. Oktober 1921.
Schm.

Die für Gröba auf das laufende Jahr aufgestellte Schöffen- und Geschworenen-Liste nebst einer beglaubigten Abschrift der §§ 31 bis 34, 84 und 85 des Gerichtsverfassungsgesetzes und des § 24 des säch. Gesetzes vom 1. 3. 1879 liegt eine Woche lang und zwar vom 19. bis mit 26. Oktober 1921 im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, zu Jedermanns Einsicht aus.
Innerhalb dieser einwöchigen Frist kann Einsprache gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Liste schriftlich oder zu Protokoll hier erhoben werden.
Gröba (Elbe), am 17. Oktober 1921.
Der Gemeindevorstand.

Eine juristische Prüfung des Gutachtens.

Savas meldet aus Paris: Die Sitzung der Vorkonferenz, die Montag nachmittag wegen der Inkrustierung der Empfehlung des Vorkonferenzrates über Oberkassien stattfinden sollte, wurde vertagt. Sie wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Es wurde in der Tat für erforderlich gehalten, eine juristische Prüfung der Frage vorzunehmen und man erwartet die Ankunft des englischen Juristen Making, Lord Gardiner, der an der letzten Sitzung der Konferenz nicht teilnahm, fährt heute nach Paris zurück.

Noch keine Mitteilung an Deutschland und Polen.

Die Reuters erfährt, hat die Vorkonferenz noch keine Mitteilung an Deutschland und Polen, bezüglich der schließlichen Grenze, ergehen lassen. In der Mitteilung heißt es weiter, es könne keine Rede davon sein, die Entente-Verpflichtungen zurückzuziehen, ehe nicht eine Kommission an Ort und Stelle die neuen Grenzlinien festgelegt habe. Dies kann vielleicht eine Verzögerung von einigen Wochen bedeuten. Es wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen im Interesse beider Parteien getroffen sind und daß es unter den obwaltenden Umständen für unsahbar gehalten wird, daß die unmittelbar Beteiligten nicht die Bedingungen annehmen und ihr Bestes tun, um sie zu erfüllen. Vom politischen Standpunkt aus gilt die ganze Angelegenheit für beendet, obwohl noch kleine Einzelheiten festzulegen sind.

Der Wahlausfall in Berlin.

W. T. W. meldet: Nach vorläufigen Berechnungen des städtischen Wahlbüros sind bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag insgesamt 1 672 513 Stimmen abgegeben worden. Davon sind auf die Bürgerlichen Parteien 845 773, auf die drei sozialistischen Parteien 826 740 Stimmen entfallen. Daraus werden die Bürgerlichen Parteien mit einer geringen Mehrheit, vielleicht infolge der Stimmenverbindung auch zur gleichen Stärke wie die sozialistischen Parteien in das Stadtparlament einzuziehen. Jeht schon die genaue Stärke der Parteien angeben zu wollen wäre verfrüht, da erst noch die Sitzungen des Kreiswahlschusses am 20., 22. und 25. dieses Monats abgemacht werden müssen.

Die Berliner Gemeindevorstände, die anstelle der bisherigen sozialistischen Mehrheit im Gemeindepalament eine, wenn auch schwache bürgerliche geleitet haben, werden natürlich in den Berliner Zeitungen lebhaft kommentiert. Der „Vorwärts“ schreibt: Das Bürgerium hat Recht zu jubelnden. Es hat erreicht, woran zu denken zu behoben und Einzergesellen beinahe eine Sicherheit gewahrt wäre: Berlin, das „rote Berlin“, hat seine sozialdemokratische Mehrheit, es hat auch keine noch so mißsam zusammengesetzte „sozialistische Mehrheit“. Die „Freiheit“ sagt, daß dieses Ergebnis für die Berliner Arbeiterklasse kein Ruhmesblatt sei, und die „Käte“ behauptet: „überkreuzt ihre Ausgabe: „Stimmrecht erobert Berlin“. Die bürgerlichen Blätter, allen voran natürlich die der regierenden Partei der Deutschnationalen, geben ihrer vollen Befriedigung über den Wahlausfall Ausdruck. Die „Kreuzzeitung“ hebt hervor, daß die Berliner Wähler der deutsch-nationalen Volkspartei eine glänzende Verwendung bereitet haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt die Berliner Wahl einen Präzedenzfall für die Beurteilung der inneren Politik des Kabinetts Birck durch die Öffentlichkeit, die über diese Politik den Stab gebrochen hat. Der „Kreuzzeitung“ erhofft, daß für das nichtsozialistische Bürgerium von Groß-Berlin nun wieder bessere Tage kommen werden. Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet es als geschicklich, daß der allseitigen starken Wahlpartizipation recht geringen Wahlbeteiligung von etwa 64 Proz. als ein Wunder, daß es den Bürgerlichen gelungen ist, die rote Mehrheit zu brechen. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist kaum anzunehmen, daß das Bürgerium dem Beispiel der Linken folgen und nun seinerseits eine Parteibildung aufrechten wird.

Die Wahlen ungültig?

Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ teilt mit: Der Verfassungsausschuss des preussischen Staatsrates habe sich mit der Frage der Gültigkeit der Notverordnung über die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigt, auf Grund der die vorläufige Stadtverordnetenwahl vorgenommen wurde. Das Blatt hat diese, die Verordnungen betreffende, Entscheidung

leien seien der Auffassung gewesen, daß die Verordnung und damit die vorgelegte Stadtverordnetenwahl ungültig seien. — Die W. T. W. hört, in die letztere Angabe unzutreffend. In amtlichen Kreisen wird auch auf den Artikel 55 der preussischen Verfassung hingewiesen, in dem eine Mitteilung des Staatsrates in Fällen wie der vorliegende nicht vorgelesen ist. Hingegen ist eine solche Verordnung dem Landtag zur Genehmigung vorzulegen.

Die Umbildung der Reichsregierung.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist die gestrige Sitzung des interfraktionellen Reichstagsausschusses ergebnislos geblieben. Die Frage der Demission des Kabinetts Birck wurde nicht gelöst, und in der Steuerfrage konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da bestimmte Nachrichten über die geplante Kredithilfe der Industrie nicht vorliegen. Die nächste Sitzung des Reichstages ist für Donnerstag, den 20. d. Mts., in Aussicht genommen. Am Donnerstag finden ferner eine Sitzung des Reichstages und Sitzungen verschiedener Fraktionen statt.

Von einem französischen Soldaten erschossen.

Aus Hindenburg wird gemeldet: Am 16. Oktober 9/11 Uhr abends wurde der 39 Jahre alte Schmitz Paul Welsa in Hindenburg in der Stäpelerischen Wirtshaus von einem französischen Soldaten nach einem vorhergegangenen Streit durch einen Revolverkugeln in den Kopf getroffen. Ueber den Vorfalle, der in seinen Einzelheiten noch nicht völlig aufgeklärt ist, wurde sofort die interfraktionelle Kommission in Hindenburg benachrichtigt mit der Bitte um eine strenge Untersuchung. Der französische Soldat, der den Schuß abgegeben hatte, hat sich der Behörde gestellt. Er beantragt, von dem Weibeten angegriffen und geschlagen worden zu sein, während Augenzeugen des Vorfalles bestritten, daß der Soldat in Rotwehre behandelt habe.

Die Berliner Blätter erscheinen nicht.

Die Arbeiterkassen des Verlages von Rudolph Woffe des „Berliner Tageblattes“ und der „Berliner Volkszeitung“ hat am Sonnabend wegen der Ablehnung tarifmäßiger ultimativer Forderungen die Arbeit niedergelegt, so daß die genannten Blätter seitdem nicht erscheinen. Die Organisation der Berliner Zeitungsverleger erklärte sich nunmehr mit dem Woffeschen Verlage solidarisch und erklärt eine gemeinsame Erklärung. Heute morgen sind nur die drei sozialistischen Blätter sowie die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ erschienen.

Vor einer Rede Lloyd Georges.

Der Parlamentsberichterstatter der Londoner „Westminster Gazette“ schreibt, daß gestern abend eine Kabinettsitzung stattfinden sollte, um dem Programm der englischen Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das heute dem Unterhaus bei seinem Wiederzukommen vorgelegt werden soll, endgültige Gestalt zu verleihen. Lloyd George werde in seiner heutigen Rede im Unterhaus zweifellos der Lage in Europa besondere Aufmerksamkeit widmen, denn von der wirtschaftlichen Erholung Europas hänge das Arbeitslosenproblem mehr als von irgend etwas anderem ab. Das Unterhaus wird sich wohl auch mit der Frage des Zusammenbruchs der Währungs- und mit der Möglichkeit von Maßnahmen gegen die Schwankungen der Mark befassen. Im Zusammenhang damit wird Lloyd George auch die geplante Lösung der oberschlesischen Frage erwähnen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der drohende Eisenbahnstreik in Mitteldeutschland. Gestern fand in der Eisenbahnhauptverwaltung in Halle eine Abstimmung über den Streik statt. Es stimmten 1057 für den Streik und etwa 300 gegen den Streik. Bei den Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Angestellten ist eine Einigung nicht zustande gekommen.

Der katastrophale Markttag. Die Markt hatte gestern einen ganz schwarzen Tag. Seit dem Bekanntwerden der Genfer Entscheidung, die Deutschland des wichtigsten Teiles von Oberschlesien beraubt, hatte sich die Markt mit Riesen-

sprüngen verschlechtert. Der Höchststand der fremden Noten, insbesondere des Dollars, wurde jedoch gestern erreicht, wo das Pfund auf über 700, der Dollar auf etwa 195 M. zu stehen kam. Das Vertrauen zur Markt ist in bedauerndem Schwund begriffen: das zeigt ein Bild in den Wertpapierkurszetteln, der Steigerungen von ganz unerhörtem Ausmaß aufweist. Kursstürze von mehreren 100 Proz. waren keine Seltenheit.

Der Anschlag Bremer auf Breußen. Bei der gestrigen Volksabstimmung über den eventuellen Anschluß Breußens an Breußen wurden, wie der „Hannoversche Kurier“ mitteilt, bei 55 Proz. Wahlbeteiligung 2548 Stimmen für und 640 Stimmen gegen den Anschluß an Breußen abgegeben. Die Entscheidung unterliegt nun noch der Abstimmung in den beiden Landtagen von Waldeck und Breußen.

Verfälschener Parteitag der Deutschen Volkspartei. Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, mit Rücksicht auf die durch die Entscheidung über Oberschlesien herbeigeführte politisch-parlamentarische Lage den für den 24. und 25. Oktober nach Stuttgart einberufenen Parteitag vorläufig zu verschieben.

Aus der Organisation der Landarbeiterschaft. Am Sonntag wurde in Greifenberg in Schlesien von etwa 100 Vertrauensmännern und zwei Sekretären der schlesischen Landarbeiterschaft nach einem Referat des Vorsitzenden des Reichs-Landarbeitersbundes Johannes Wolf-Berlin der Austritt aus dem den christlichen Gewerkschaften angehörenden Zentralverband der Landarbeiter und der Uebertritt zum Reichs-Landarbeiterbund beschlossen.

Die Mannschafstärke der Hundertschaften der Schutzpolizei. Aus Berlin wird gemeldet: In letzter Zeit sind die Hundertschaften der Schutzpolizei von 121 auf 104 Mann vermindert worden, um dem Standpunkte der Entente Rechnung zu tragen, die einen Teil der Kriminalpolizei in den Mannschafstärke eingerechnet wissen wollte.

Tarifierung im Ruhrgebiet. Die Bergarbeiterorganisationen haben den bis zum 1. September geltenden Lohnstarif gekündigt. Die neuen Lohnverhandlungen sollen demnächst eingeleitet werden.

Die Täter des Attentates auf Stresemann verhaftet. Wie die Berliner Blätter erfahren, sind die Täter, die das Attentat auf Stresemann auf dem Lüdenscheider Parteitag der Deutschen Volkspartei verübten, verhaftet worden. Es sind im ganzen fünf Personen, die sämtlich eingeschriebene Mitglieder der R.V.D. sind.

Ein Zwischenfall in der Norddäner Erzberger. Die „München-Lugsburger Abendzeitung“ veröffentlicht folgendes Privattelegramm aus Offenburg: In der Untersuchung der Norddäner Erzberger ist ein neuer Zwischenfall eingetreten. Zwei Berliner Polizeibeamte, die die handschriftlichen Aufzeichnungen der geschätzten Täter über ihre Namen und ihre Wohnung gefunden haben sollten, sind vom Dienst suspendiert und gegen sie ein Verfahren wegen Betruges eingeleitet worden. Das Ermittlungsverfahren wird von der Staatsanwaltschaft Offenburg geführt.

Der 2. internationale Kongress der arbeitenden Frauen wurde am Montag vormittag in Genf eröffnet. Die Vorsitzende Robus-Vereinigte Staaten verwies in ihrer Eröffnungswort auf die am 11. November in Washington zusammengetretene Abrüstungskonferenz. Die Frauen aller Länder mählten diesen Tag zum Ausgangspunkt einer geschlossenen Protestaktion gegen das Verbrechen einer Vermehrung der Rüstungen nehmen. Dann würde er den Beginn des Weltfriedens bedeuten.

Ein Handwerkerbeirat im Reichswirtschaftsministerium. Wie eine Korrespondenz an zuständige Stelle erfährt, hat der Reichswirtschaftsminister einen Handwerkerbeirat im Reichswirtschaftsministerium gebildet. Die Mitglieder des Beirates wurden auf Grund des Beschlusses des interfraktionellen Handwerkerausschusses des Reichstages und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ernannt.

Frankreich.

Der Bankrott der Sieger! Bei der Einweihung eines Denkmals zur Erinnerung an die Gefallenen der Gemeinde St. Mars kam es zu einem Zwischenfall. Der Abgeordnete der Rechten Lacotte hielt eine Rede, in der er u. a. vom Bankrott der Sieger sprach. Er wurde heftig unterbrochen, und der Präsident der Liga der Republikaner, Luchaire,